

Stadt Halle (Saale)
26.02.1999
Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der 50. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)
am 24.02.1999 - ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 15.05 Uhr bis 19.10 Uhr
Anwesenheit: siehe Anlage zur Niederschrift

Die 50. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Dr. Brockmann**.

Er verlas die in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlüsse der 49. Tagung des Stadtrates am 27.01.1999.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Tagung seien 45 Mitglieder des Stadtrates (79 %) anwesend.

Zur Tagesordnung:

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, erklärte, im Dezember habe der Stadtrat einen Beschluss gefasst, dass heute ein Bericht vorgelegt oder vorgetragen werde zur Entwicklung des Baugebietes „Spitze“. Er frage die Verwaltung, warum der Beschluss des Stadtrates vom Dezember 1998 nicht umgesetzt und dieser Punkt nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er habe zur Kenntnis nehmen müssen, dass unter dem TOP Mitteilungen dazu eventuell eine Information komme. Nach ihrer Meinung nach sei das aber ein klarer Verstoß gegen den Stadtratsbeschluss. Seine Fraktion bestehe darauf, dass das unter TOP 07 noch mit aufgenommen werde und nicht erst am Ende des öffentlichen Teils unter Mitteilungen abgehandelt werde.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, äußerte, die Verwaltung sei der Meinung gewesen, dass der Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil - Haftungsaufspaltung - derart viel Material biete, dass dadurch die Berichterstattung sozusagen miterledigt sein würde.

Im Hauptausschuss habe man sich geeinigt, dass zusätzlich noch im öffentlichen Teil zum städtebaulichen Aspekt berichtet werde. Das werde er auch tun.

Herr **Dr. Meerheim** erwiderte, es gehe darum, dass mit dem Bericht laut Beschluss auch eine Diskussion dazu zulässig sein müsse. Unter dem TOP Mitteilungen sei das laut Geschäftsordnung nicht möglich. Seine Fraktion bestehe darauf, die Angelegenheit unter TOP 07, noch vor den Wiedervorlagen, zu behandeln, weil dann eine Diskussion dazu im Stadtrat möglich sei.

Herr **Doege**, CDU, gab zu bedenken, dass, wenn man es auf die Tagesordnung nehme und in die Diskussion eintrete, man unter Umständen nicht mehr trennen könne in der Diskussion zu dem, was in nichtöffentlicher Beratung gesagt werden müsse. Da sitze man gewaltig zwischen Baum und Borke. Daraus könne er nur den Schluss ziehen, dass selbst diese Mitteilung wegfallen müsste - was er nicht wünsche -, weil man erst die Angelegenheit im nichtöffentlichen Teil in die Reihe bringen müsse. Er bat, dies alles noch einmal abzuwägen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** schlug vor, heute einen Bericht unter dem TOP Mitteilungen zu geben; in der März-Tagung könne - wenn nötig - in einem gesonderten Tagesordnungspunkt dazu diskutiert werden.

Herr **Dr. Meerheim** äußerte sich zu den Bedenken von Herrn Doege, die er verstehen könne.

Herr Dr. Busmann habe jedoch erklärt, dass er in dieser Mitteilung eher auf stadtplanerische und städtebauliche Aspekte eingehen wolle. Das habe also nichts unmittelbar mit den vertraglichen Regelungen, die im nichtöffentlichen Teil behandelt werden sollen, zu tun. Daher stünde dem nichts entgegen, diesen Bericht auf TOP 07 vorzuziehen. Seine Fraktion könnte sich aber auch damit abfinden, es unter dem TOP Mitteilungen zu erörtern, wenn den Fraktionen die Möglichkeit gegeben werde, auch unter diesem TOP zu dem Bericht Anfragen oder Stellungnahmen abgeben zu können.

Herr **Dr. Brockmann** erklärte, er glaube, eine Mitteilung mit offener Diskussion finde allgemeinen Konsens.

Herr **Dr. Meerheim** fuhr fort, er möchte eine Rüge gegenüber der Verwaltung und denjenigen, die die Tagesordnung festlegen, aussprechen. Hier sei einseitig entgegen des Beschlusses des Stadtrates etwas von der Tagesordnung genommen bzw. nicht auf die Tagesordnung gesetzt worden.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, meinte, die Stadträte seien mündig genug, um entscheiden zu können, was in öffentlicher Beratung gefragt oder diskutiert werden könne. Er schließe sich dem Vorschlag der PDS-Fraktion an und sage, das habe das Interesse der Bürger und das gehöre auf die Tagesordnung, auch zu einem Zeitpunkt, bei dem man Fragen stellen könne.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. Herr **Dr. Brockmann** fasste zusammen, der Bericht von Herrn Dr. Busmann möge unter dem TOP Mitteilungen aufgenommen und die Möglichkeit der Diskussion dazu gegeben werden.

Abstimmung zur Tagesordnung einschl. Änderung TOP 10:
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** bestätigt:

TOP 01 **Genehmigung der Niederschrift** der 49. Tagung am 27. Januar 1999

(öffentlicher Teil)

TOP 02 **Beschlussvorlage - Beschluss zur Verlängerung der Bestellung der Mitglieder des Stiftungsvorstandes der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/1342

TOP 03 **Beschlussvorlage - Platz am Leipziger Turm**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/1317

TOP 04 **Beschlussvorlage - Ersatzneubau der nördlichsten Eisenbahnbrücke über die**

Leipziger Chaussee

Vorlage-Nr.: 99/I-50/1177

TOP 05 **Beschlussvorlage - Namensgebung für die kommunale Kindertageseinrichtung**

„Maxim Gorki“ der Stadt Halle (Saale)

Vorlage-Nr.: 99/I-50/1332

TOP 06 **Beschlussvorlage - Grundsatzvereinbarung gemäß §§ 77/78 ff. SGB VIII**

Kinder- und Jugendhilfe

Vorlage-Nr.: 99/I-50/1343

TOP 07 **Wiedervorlage**

Antrag der SPD-Fraktion - **Rechtsberatung der Fraktionen in kommunalrechtlichen Fragen**

Vorlage-Nr.: 98/I-47/A-502

Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - **zur räumlichen Zusammenlegung**

von Kinder- und Jugendtheatern

Vorlage-Nr.: 98/I-48/A-504

Antrag der Stadträtin Dr. Frühauf, Fraktion
Volkssolidarität 1990 e. V./

**Abfallsatzung: Verbrennen von
Gartenabfällen**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/A-537

Neustadt Antrag der SPD-Fraktion - **LKW-Parkplätze in Halle-**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/A-538

Antrag der SPD-Fraktion - **Erklärung zum Ausschluss
von Kinderarbeit bei
Ausschreibungen**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/A-539

Antrag der SPD-Fraktion - **Schwimmhalle in Halle-
Neustadt; Preisgestaltung,
Hygiene, Nutzung**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/A-540

Antrag der SPD-Fraktion - **Standorte für
Wertstoffcontainer**

Vorlage-Nr.: 99/I-50/A-541

TOP 09 **Anfragen von Stadträten**

TOP 10 **Mitteilungen**

Information „Situation ruinöser Häuser“ (Antrag
des Stadtrates Kupke, CDU -
Häuser - Öffentliche Bekanntmachung der Eigentümer ruinöser
Häuser -

Vorlage-Nr.: 98/I-47/A-496)

Bericht zu Baugebiet „Spitze“ einschließlich
Diskussion

Zu TOP 01 - Genehmigung der Niederschrift

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 49. öffentlichen
Tagung des Stadtrates
am 27.01.1999.

**Abstimmung zur Genehmigung der Niederschrift: mehrheitlich z
u g e s t i m m t**

Damit wurde die Niederschrift der 49. öffentlichen Tagung des
Stadtrates der Stadt
Halle (Saale) am 27.01.1999 in der vorliegenden Form g e n e h m i
g t.

**Zu TOP 02 - Beschlussvorlage - Beschluss zur
Verlängerung der Bestellung
 der Mitglieder des
Stiftungsvorstandes der Paul-Riebeck-
Stiftung zu Halle
Vorlage Nr. 99/I-50/1342**

Es gab keine Wortmeldungen zu dieser Vorlage.

Abstimmung zur Vorlage: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. 99/I-50/1342 - Beschluss zur Verlängerung der
Bestellung der Mitglieder des
 Stiftungsvorstandes
der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle**

Die Bestellung der Mitglieder der Paul-Riebeck-Stiftung zu Halle,
Frau MR Mechthild Greuel, Herr Wilhelm Faßhauer und
Herr Peter Jeschke,
wird bis zur Neuwahl des Stadtrates der Stadt Halle
im Jahr 1999 verlängert.

Zu TOP 03 - Beschlussvorlage - Platz am Leipziger Turm
Vorlage Nr. 99/I-50/1317

(An Diskussion und Abstimmung zur Vorlage nahm Herr Stadtrat Dr. Müller-Gerberding gemäß § 31 GO LSA nicht teil.)

Frau **Scheller**, SPD, äußerte, die SPD-Fraktion werde dieser Vorlage zustimmen, möchte aber wissen, wie im weiteren Verfahren beachtet werde, dass eine behindertengerechte Ausgestaltung gesichert werde. Man sei nicht mit Absenkungen von Bordsteinen zufrieden; man müsse an eine Gruppe von Sinnesgeschädigten denken, die sich mit Stock zurechtfinden müssten. Das Beispiel an der Kantstraße sei vorbildlich. Bei neu zu installierenden Übergängen sollte ähnlich verfahren werden.

Herr **Sänger**, CDU, rief in Erinnerung, dass im Januar 1998 die Verwaltung drei Varianten vorgeschlagen habe und die Variante III besonders empfohlen worden sei, die nach langer Diskussion dann beschlossen wurde. Die heute vorgelegte Variante werfe alles über den Haufen. Alles das, was in der Variante III als positiv gepriesen worden sei, werde heute als negativ dargestellt. Was die gestalterische und verkehrsfunktionelle Sicht anbelange, so sei in der Variante III erklärt worden, dass man mit der Lösung Rampe großzügige Flächen, die als Platz gestaltet werden könnten, zur Verfügung habe und es sei auch die Verkehrsfunktion als hervorragend geschildert worden. Mit der jetzigen Vorlage würden all diese Dinge in Abrede gestellt, z.B. dass Bäume verschwinden müssten, dass die Rampe so nicht funktioniere.

Das heiße im Klartext, man werde den jetzigen Zustand nahezu identisch behalten, mit einer Veränderung, dass ein Rechtsabbiegen in die Rudolf-Breitscheid-Straße vom Waisenhausring möglich werde. Seine Fraktion sei der Auffassung, man müsse diesen Knotenpunkt auch unter dem Aspekt der künftigen Straenbahntrassierung vom Riebeckplatz nach Halle-Neustadt betrachten. Mit der heutigen Lösung verzichte man auf eine großzügige Platzgestaltung. Was die Führung für Fußgänger angehe, so sei nach Meinung seiner Fraktion die Lösung Rampe eine wesentlich bessere. Bei der Rampenlösung würden die Fußgänger auf einer Länge von maximal 10 Metern auf breiter Fläche die Fahrbahn queren können, jetzt seien es teil-weise 23 Meter. Zur Frage der Rechtsabbieger aus dem Waisenhausring zur Breitscheidstraße könne man sich vorstellen, eine zusätzliche Fahrspur im Einbindungsbereich bis zur Rampe für die Rechtsabbieger zu führen. Man schlage darüber hinaus vor, dass der im Moment über eine Treppenanlage von der Breitscheidstraße in Richtung Waisenhausstrae geführte Fußgängerverkehr dort eliminiert werden könne. Damit erreiche man wesentlich bessere Signalumlaufzeiten für die Ampelanlage. Seine Fraktion sei der Meinung, dem Beschluss des vergangenen Jahres zu folgen und über die jetzt zusätzlich vorgeschlagenen Varianten zu beraten. Er äußerte sich weiter zum Neigungsverhltnis der Rampe. Die Meinung, dass sie beheizt werden müsse, sei falsch. 7 % Neigung seien im innerstädtischen Bereich kein Thema.

Herr **Dr. Köck**, PDS, knpfte ebenfalls an die vor einem Jahr geführte Diskussion an. Seine Fraktion sei es gewesen, die vehement dafür gestritten habe, diese Variante, die heute erneut auf dem Tisch liege, schon damals zu verabschieden. Man freue sich deshalb, dass doch die Vernunft gesiegt habe, zumal das Vorhaben um ca. 1 Mio DM preisgünstiger werde. Er erinnere daran, dass dieses Geld, diese 800 TDM, mit vorgesehen gewesen seien von den Initiatoren, die die Kastanien an der Ulrichkirche retten wollen, als Finanzierungsvorschlag. Seine Fraktion werde der neuen Planung zustimmen.

Herr **Dölle**, CDU, meinte, wenn man an dieses Problem herangehe, gebe es eine Kollision, was den Vorrang habe: die Durchgängigkeit der Leipziger Straße oder die Durchgängigkeit des Ringes. Mit der Rampenvariante sei es die Durchgängigkeit des Ringes gewesen, mit der jetzigen Vorlage sei es mehr oder weniger die Durchgängigkeit der Leipziger Straße. Er und auch seine Fraktion halte die Verkehrserschließung für die Innenstadt für vorrangig. Die neue Vorlage beinhalte eine Ausdehnung des Erlebnisbereiches, den seine Fraktion mit dem Verkehrsbild für die Altstadt der Altstadt vorbehalten hatte. Er zitierte aus dem Verkehrspolitischen Leitbild: Punkt 2.7, Anstrich 3 und 6.

In der neuen Vorlage könne er nicht erkennen, das dies berücksichtigt worden sei.
Die Maßnahme der Platzgestaltung am Leipziger Turm soll, wie man gehört habe, Maßstab für sechs weitere Überquerungen des Ringes werden. Insofern habe diese Vorlage Pilotcharakter. Das zeuge aber allgemein dann für den Ring und für diese Stadt, dass hier eine defensive Verkehrspolitik betrieben werde und man brauche sich nicht zu wundern, wenn die Menschen nach wie vor in die Einkaufsmärkte nach Peißen, Bruckdorf oder Güntersdorf ausweichen und nicht in die Altstadt kommen.
Er halte diese grüne defensive Verkehrspolitik des Planungsdezernates für falsch und sei der Meinung, sie habe der Stadt schweren Schaden zugefügt. Er denke dabei an den Rückbau der Trothaer Straße mit Pfortnerampel, an die „Slalomstrecken“ in der Berliner Straße, Trothaer Straße und Reilstraße und an die Pläne zur Sanierung der Ludwig-Wucherer-Straße.
Das sei die gleiche verheerende Sprache einer defensiven Verkehrspolitik.
Er sei sicher, dass der Wähler eines Tages das Machtwort sprechen werde, aber leider erst dann, wenn er die Misere auf den Straßen selber spüre. Und die Tragik dabei sei, dass dann die Stadt nie wieder die finanzielle Kraft haben werde, um diese zu Stein gewordene falsche Verkehrspolitik zu korrigieren. Man möge deshalb rechtzeitig diese defensive Verkehrspolitik stoppen und sich für die Wirklichkeit einer progressiven Verkehrspolitik einsetzen, die die Möglichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt bringe. Es könne heute noch vieles gerettet werden, was bei Beibehaltung dieser defensiven Verkehrspolitik die Stadt Halle zu einer verschlafenen Kleinstadt degradiere.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, meinte, seine Fraktion habe der letzten Vorlage nicht zugestimmt, werde heute aber ganz bestimmt zustimmen. Die Vorlage habe einen ganz bestimmten Charme, Herr Dölle habe es „grüne defensive Verkehrspolitik“ genannt. An dieser Stelle finde er es sehr ratsam, dass sie defensiv gehalten sei, weil es nämlich das Einfallstor vom Bahnhof sei, wo Fußgängerströme in die Innenstadt hineingehen. Zumindest an den Bildern habe er gesehen, dass es auch eine gewisse Ästhetik habe, die auch zum Städtebau gehöre.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD, fragte, welcher Weg gefahrlos zur Bedürfnisanstalt führe.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, verdeutlichte, dass er dazu stehe, dass die Verwaltung vor einem Jahr diese Rampe begünstigt habe, weil man gemeint habe, das wäre gut aus dem Bedürfnis heraus, möglichst viel Platz zu schaffen.
Es gebe zwei Gründe für die Änderung: Man arbeite daran, für Halle unverwechselbare Gestaltungen aufzumachen. Dieser Gestaltungsvorschlag sei sehr spät gekommen, weil man in

der Zwischenzeit das Ringkonzept mit den sogenannten Stadttoren entwickelt habe. Er hoffe, dass man das im Sinne der Stadtentwicklung von Halle auch verwirklichen könne. Der Platz lebe von zwei Ideen, das eine sei eine abgerundete, geschlossene, bis ins Material hinein homogene Gestaltung und das zweite sei, das man, wenn es möglich sei, ganz frei hinübergehen könne.

Zu den Äußerungen von Herrn Sänger: In der Vorlage stehe eine überholte Aussage; die Längsneigung sei erheblich höher. Sie betrage 9 % auf 35 Meter Länge, nicht 7 % wie bisher angegeben. Im Bereich der Zufahrt zur Dresdner Bank betrage sie sogar 11 %. Es gebe keine andere Alternative. Man könne ihn im Nachhinein kritisieren, dass er vor einem Jahr so etwas vorgelegt habe, aber es gebe Konzepte - wie z.B. beim Reileck, bei Trotha -, da genüge es nicht, Konzeptbeschlüsse im Stadtrat zu machen, da müsse man ampelscharf, anliegerscharf, untergrundscharf, leitungsscharf arbeiten. Das sei in der Verkehrsplanung in so einer dichten Stadt wie Halle so. Deshalb müsse er das korrigieren; die Rampenlösung sei nicht mehr zulässig. Zu den Wünschen von Frau Scheller: Behindertengerecht werde die Ausführung sein.

Herr **Kley**, F.D.P., ging auf die Aussagen von Herrn Dr. Busmann zur Rampe ein. Sei man vor einem Jahr gedrängt worden, dies so zu entscheiden, so heiße es heute, es sei nicht realisierbar. Aber man habe in der Stadt bereits die eine oder andere Baumaßnahme gehabt, die erst realisiert worden sei, um hinterher ihre Nichtmachbarkeit festzustellen. Die Kostenfrage und ähnliches mag in diesem Sachverhalt nicht relevant sein, da man ja notfalls immer noch Gebühren und Steuern erhöhen und damit auch solche Fehlplanungen gegenfinanzieren könne. Es gehe in der Vorlage im Wesentlichen darum, die obere mit der unteren Leipziger Straße zu verbinden. Dieses Vorhaben wäre sicherlich einfacher gewesen, hätte man versucht, schon vom Bahnhof her die obere Leipziger Straße begehbar zu machen. Er erinnere an ein Konzept der F.D.P.-Fraktion von vor drei Jahren. Seine Fraktion lehne die Vorlage ab.

Herr **Doege** äußerte sein Erstaunen darüber, dass Herr Dr. Busmann - nachdem man erst am vergangenen Montag noch einmal zusammen diskutiert habe - jetzt neue Neigungswinkel präsentiere. Er frage sich, was man für die erste Vorlage für Planungs- und Ingenieurbüros beschäftigt habe, die erst von 7 % gesprochen hätten. Es sei für ihn nicht nachvollziehbar, dass der Stadtrat letztendlich ein Jahr „vorgeführt“ werde. Da werde ständig von einer Einsparung von einer Million DM gesprochen - in der Vorlage finde er sie nicht. Er bat, die Kosten der jetzt noch geltenden Vorlage vorzulegen und die Kosten für das neue Projekt. Seine Fraktion werde diese eine Million aufmerksam verfolgen.

Herr **Sänger** meinte, er sei bei seinen Überlegungen zu der Rampe von 7 % Neigung ausge-

gangen. Man sollte auch davon ausgehen können, wenn ein Planungsbüro, das fachlich kompetent sei, so etwas vorlege, dass es auch stimme. Er könne Herrn Dr. Busmann dennoch nicht folgen, da die Frage dieser 7 % oder 10 % auch nur relativ sei. Man könne nämlich durchaus eine Prozentzahl der Neigung annehmen, indem man die Oberkante, die jetzt an der Treppe bzw. am Beginn der Rampe liege, nehme und das Niveau des Waisenhausringes dagegensetze. Technisch sei möglich, die Rampe bereits vor der Neigung in den Radius zu beginnen und damit auch die Neigung zu verbessern. Das Thema der Neigung sollte also nicht jemanden dazu überreden, jetzt dazu eine andere Meinung zu haben.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, er habe jetzt die Neigung genannt für das Konzept, das vor einem Jahr beschlossen worden sei. Wenn man das jetzt anders mache, wenn man früher absenke, könne man das optimieren und habe auch andere Neigungen. Er finde das allerdings noch weniger schön. Was ihn betroffen mache, sei die Sache mit dem „Vorführen“. Die Verwaltung sei damals tatsächlich der Meinung gewesen, dass das eine gute Lösung sei. Diese Neigungen, er erinnere sich, seinen damals auch schon von Herrn Dr. Müller-Gerberding kritisiert worden. Er räume ein, dass das die Ingenieure hätten besser machen sollen. Aber wenn man in der Zwischenzeit neue Erkenntnisse bekommen habe, die konzeptioneller Art seien, die erlaubten, die Sache besser einzubinden, dann müsse man diesen Dingen nachgehen. Herr **Prof. Isbaner**, PDS, äußerte seine Verwunderung darüber, dass man heute zu einer solchen Debatte im Stadtrat komme. Bei der Abstimmung im Fachausschuss habe es eine Gegenstimme gegeben. - Er bitte darum, dass man die Schulaufgaben rechtzeitig mache und nicht erst im Stadtrat damit anfangen. Wenn Herr Dölle defensive Verkehrspolitik als negativ betrachte, dann frage er, ob er 50 km, 60 km Stau und was durch diese Stadt durch gehe, für eine normale Verkehrspolitik halte - sie ist eine Katastrophe. Das wissen die Experten, aber keine wisse, wie man aus dem herauskomme.

(Der Vorsitzende des Stadtrates rief die nächsten Redner auf.)

Herr **Dr. Busmann** ergänzte seine Aussagen: Aufgrund dieses Sachverhaltes kann der erhebliche Aufwand für eine Verlegung der Rampe über eine Million Mark nicht mehr vertreten werden. - Dies seien die letzten Auskünfte, die er von den Ingenieurbüros habe. Das heiße, es bleibe bei Umgestaltungsmaßnahmen. Das Ganze sollte, so glaube er, 1,65 Millionen kosten. Und von dieser einen Million, die gespart werde, sei die Stadt etwa mit 300 TDM dabei.

Herr **Dölle** ging auf die Ausführungen von Herrn Prof. Isbaner ein. Es stimme, im Fachaus-schuss habe man sich bei der Abstimmung anders verhalten, das habe aber auch seinen Grund. Man habe noch sehr viele neue Informationen erhalten. Es sei gut, wenn man zwischen der Empfehlung des Fachausschusses und der vier Wochen später stattfindenden Stadtratstagung noch aufwache über bestimmte Dinge und nicht weiter schlafe. Zum anderen frage er, warum lege Herr Dr. Busmann, wenn er im verkehrspolitischen Leit-bild von einer Verbesserung der Erreichbarkeit der Altstadt spreche, dann Verkehrsschikanen in diesen Knotenpunkt und sage, das werde der Prototyp für sechs weitere Verkehrsknoten-punkte. Er halte es auch technisch für schwierig, einen Fußgängerübergang ausgerechnet in die Gabel zu legen, wo der breiteste Punkt, der jetzt etwa bei 9 Metern liege, dann bei 24 Metern liege, die die Fußgänger zu queren haben. Er halte das für eine schlechte Lösung.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, im verkehrspolitischen Leitbild stehe nirgendwo, dass der Altstadtring so ein Ungetüm von Cityring sei, wie es in sehr vielen Städten in den alten Bundesländern in den fünfziger und sechziger Jahren gemacht worden sei. Es sei sinngemäß im Leitbild formuliert worden, dass eine innere Verteilung stattfinde, und der äußere Ring sei sozusagen die Magdeburger Straße, die Wuchererstraße.

Herr **Boltze**, Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN-Graue Panther, stellte einen **Geschäfts-
ordnungsantrag: Abbruch der Diskussion.**

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., meinte, er könne diesen Geschäftsordnungsantrag verstehen. Man laufe im Moment Gefahr, aus dem speziellen Thema Leipziger Turm in eine Grundsatz-diskussion über die verkehrliche Situation in Halle zu kommen. Für ihn, der die Diskussionen im Fachausschuss nicht mit verfolgt habe, entstehe der Eindruck, dass in der Vorbereitung des heute zu fassenden Beschlusses viele Dinge noch so vakant, so unsicher und unklar seien, dass er das Gefühl habe, die Vorbereitung sei nicht abgeschlossen. Wenn heute immer wieder andere Zahlen vorgelegt worden seien, so halte er es für ehrlicher und angebrachter, wenn die Verwaltung die Vorlage zurückziehe und noch einmal präzisiere.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, die Verwaltung sei durch sich selbst in eine Zeitschwierigkeit gekommen. Er müsse unmittelbar nach diesem Ratsbeschluss handeln, einen Änderungs-antrag an das Landesförderinstitut in Magdeburg stellen. Er habe hier erklärt, dass die alte Planung so auch nicht mehr gehe. Es sei ein Konzept gewesen, das beschlossen worden sei.

Er hoffe, dass heute ein klarer Ratsbeschluss gefasst werde.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag
Abbruch der Diskussion:
mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmung zur Vorlage: bei
23 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-50/1317 - Platz am Leipziger Turm

1. Die Planungskonzeption für den Platz am Leipziger Turm gemäß Anlagen 3 und 4 wird als Grundlage für die weitere Ausführungsplanung und Durchführung des Vorhabens beschlossen.

2. Der Beschluss des Stadtrates vom 28.01.1998 (Beschluss Nr. 98/I-38/881) „Umgestaltung Leipziger Straße“ wird in Bezug auf die dort beschlossene Rampenlösung aufgehoben und durch den neuen Beschlussinhalt ersetzt.

Zu TOP 04 - Beschlussvorlage - Ersatzneubau der nördlichsten Eisen-

Chaussee

bahnbrücke über die Leipziger

Vorlage Nr. 99/I-50/1177

Herr **Heft**, PDS, erinnerte daran, dass diese Vorlage bereits im Spätherbst des vergangenen Jahres im Fachausschuss behandelt worden sei. Damals, genau wie heute, sei die Finanzierung des kommunalen Anteils vakant gewesen. Auf Nachfragen im zuständigen Fach-ausschuss sei erklärt worden, dass hier gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz eine Drittelung der kommunalen Anteile an der Finanzierung erfolge. Dies könne nicht richtig sein, da hier die Finanzierung gemäß § 12 Eisenbahnkreuzungsgesetz erfolgen müsste, der festlege, dass bei Kreuzungsmaßnahmen nach dem Verursacherprinzip finanziert werde.

Entsprechende Nachfragen hätten ergeben, dass der Verursacher dieses Ersatzneubaus die Deutsche Bahn AG sei. Daraufhin sei gebeten worden, den kommunalen Anteil von 3,8 Mio DM dem Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten noch einmal in seiner Kostenaufteilung darzulegen. In der Februarsitzung des Fachausschusses habe man die Vorlage aus dem Spätherbst ohne Änderung wieder vorgelegt bekommen, allerdings diesmal mit dem Eingeständnis, es gehe nach § 12 Eisenbahnkreuzungsgesetz, die Finanzierung erfolge nach dem Verursacherprinzip.

Seitens der zuständigen Ämter könne nicht dargelegt werden, weshalb der kommunale Anteil mehr als 50 % des eigentlichen Brückenneubaus betrage. In der Februarausschusssitzung sei zur Sprache gekommen, dass die Stadt ein gewisses Verlangen geäußert habe, das die Deutsche Bahn AG zu Änderungen am Ersatzneubau zwinge. Wie groß dieses Verlangen sei, wisse man bis heute nicht. Im Ausschuss habe man betont, man wolle das Ankündigungsschreiben der Deutschen Bahn AG für diese Kreuzungsmaßnahme sehen und das Schreiben, in dem die Stadt Halle Änderungen an der Kreuzungsmaßnahme verlangt, die dazu führen, dass die Stadt Halle mehr als 50 % der Neubaukosten zu tragen habe. All das liege heute nach wie vor nicht vor. Er wiederhole heute die Bitte nach diesen Schreiben. Für ihn gebe es momentan keinen Grund, 3,8 Mio DM kommunalen Anteils auszugeben und der Vorlage in der vorliegenden Form zuzustimmen. Auch wenn argumentiert werde, dass in diesen 3,8 Mio DM Fördermittel des Landes enthalten seien, so berechtige das noch lange nicht, ein privatwirtschaftlich organisiertes und agierendes Unternehmen zu subventionieren.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, die Argumente würden immer wieder wiederholt. Beim erstenmal sei es klar gewesen, da habe man sich

im Fachausschuss widersprochen und er habe die Vorlage zurückgezogen.

Die Verwaltung bitte, ein Konzept zu beschließen und nicht die Kosten. Für die Argumentation sollte wichtig sein, dass diese Brücke im Vergleich zu den anderen die kostengünstigste sei.

Nach dieser ganzen Diskussion habe man sich geeinigt, dass der anschließend zuständige Dezernent, Herr Heinrich, im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben die Kosten präzisieren, wenn man genau wisse, wie teuer was sei. Eines habe man noch nicht gemacht: das Kostensplitting der städtischen Komponente von ca. 50 %. Das hätten die Ingenieure ermittelt. Dieser Kostenanteil sei deshalb so hoch, weil man wegen des Lichtraumprofils, der Breite und der Höhe nach, eine ziemlich breite Brücke brauche. Wahrscheinlich werde es aber wieder etwas billiger, weil der sogenannte Vorteilsausgleich auch noch zu berechnen sei.

Herr **Heft** entgegnete, grundsätzlich habe er an dieser Vorlage nichts auszusetzen.

Was störe, sei die nicht vorhandene Transparenz für die Finanzierung des kommunalen Anteils. Die Frage sei, welches Verlangen habe die Deutsche Bahn AG für diesen Ersatzneubau geäußert. Und die weitere Frage sei, welches Verlangen habe die Stadt Halle geäußert, nachdem bekannt geworden sei, dass die Deutsche Bahn AG einen Neubau oder eine Verlegung der heutigen Brücke verlange. Diese Fragen seien bis heute nicht beantwortet worden.

Herr **Dr. Busmann** wies diese Behauptung zurück. Die Verwaltung habe, wenn auch kurz, gesagt, was das Verlangen der Bahn sei und was das Verlangen der Stadt sei.

Das Verlangen der Bahn sei, eine überholte normale Brücke mit nicht zu großen Spannweiten wiederherzustellen und für die neuen Aufgaben zu ertüchtigen. Das Verlangen der Stadt sei, dieses zu nutzen, um für die Leipziger Chaussee, die B 6

ein modernen Ansprüchen, modernen Richtlinien genügendes Straßenprofil der Höhe und der Breite nach zu bekommen.

Der mangelnden Transparenz, das habe er eingeräumt, müsse man abhelfen, indem man, wenn man genauer Bescheid wisse, wenn alles entwurfsmäßig durchgerechnet sei, dies präzisieren und dem Ausschuss vorlege.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** äußerte, sie habe den Eindruck, dass Punkt 1 des Beschlussvorschlages präzisiert werden müsste. Heute solle der Stadtrat den Grundsatzbeschluss zur Bestätigung der Vorzugsvariante Ersatzneubau fassen; die anderen Dinge kämen dann danach. Sie regte an, Punkt 1 neu zu formulieren.

Herr **Heft** stimmte Frau Bürgermeisterin Szabados vom Grundsatz her zu. Aber - wenn man heute dem Grundsatzbeschluss zustimme, dann sei darin bereits das Verlangen der

Stadt eingeschlossen und man wisse nicht, welche Kosten dadurch verursacht werden.

Im Prinzip müsste der Beschluss dann erweitert werden, dass das gesamte planerische Vorhaben noch einmal in die beiden Ausschüsse komme und dann aufgrund der Höhe der Kosten im Stadtrat beschlossen werde.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, die Vergabe sei dann noch ein Sonderpunkt.

Es gehe jetzt lediglich darum, dass der Grundsatzbeschluss zur Bestätigung dieses Ersatzneubaus gefasst werden soll. Und das sei in den Ausschüssen ausführlich beraten worden.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, meinte, es sollte in Punkt 1 des Beschlussvorschlages

eingefügt werden: **zum Standort des Ersatzneubaus.**

Diese Umformulierung schließe ein, dass es zur Kostenfrage noch einmal eine Stadtratsvorlage geben müsse; mit der Kostenbeteiligung müsse man sich auseinandersetzen.

Die Kreuzungsvereinbarung nach Eisenbahnkreuzungsgesetz könne durch die Stadt erst nach

der zweiten Vorlage unterschrieben werden. Heute bekenne man sich nur grundsätzlich

zu der Marschrichtung dafür.

Er könne Herrn Dr. Busmann nicht folgen, dass hier aus dem

Verlangen der Stadt an dem

Brückenersatzbau eine wesentliche Kostenbeteiligung zustandekommen soll. Ihm fehle

einfach jede Begründung.

Herr **Dr. Busmann** präziserte den Beschlussvorschlag im Punkt 1: **Der Planungskonzeption**

für den Ersatzneubau der nördlichsten Eisenbahnbrücke (südlich der vorhandenen Brücke)

über die Leipziger Chaussee wird zugestimmt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zur Vorlage:

z u g e s t i m m t

(einschließlich Präzisierung)

mehrheitlich

Beschluss Nr. 99/I-50/1177 - Ersatzneubau der nördlichsten Eisenbahnbrücke über

Chaussee

die Leipziger

1. Der Planungskonzeption für den Ersatzneubau der nördlichsten Eisenbahnbrücke über die Leipziger Chaussee (südlich der vorhandenen Brücke) wird zugestimmt.
 2. Parallel zu den weiteren Planungen und zum notwendigen Planverfahren ist das Änderungsverfahren für den Flächennutzungsplan einzuleiten.
 3. Die Kostenbeteiligung der Stadt ist zu präzisieren.
-
-

Zu TOP 05 - Beschlussvorlage - Namensgebung für die kommunale

Kindertageseinrichtung „Maxim-Gorki-Straße“ der Stadt

Halle (Saale)

Vorlage Nr. 99/I-50/1332

Frau Bürgermeisterin **Szabados** wies darauf hin, dass sich die Eltern der Kindertageseinrichtung „Maxim-Gorki-Straße“ nicht gegen den Namen „Maxim Gorki“ ausgesprochen haben.

Es gehe darum, dass der Kindergarten so heiße wie die Straße, also Kindertagesstätte „Maxim-Gorki-Straße“. Und als Adresse stehe darunter noch einmal diese Straße. Das Elternkuratorium habe den Antrag gestellt, die Einrichtung „Hasenberg“ nennen zu dürfen. Es gefalle nicht, eine Straßenbezeichnung zum Namen für eine Kindertageseinrichtung zu haben.

Abstimmung zur Vorlage: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-50/1343 - Grundsatzvereinbarung gemäß §§ 77/78
ff SGB VIII Kinder-

und Jugendhilfe

1. Der Stadtrat beschließt die
Grundsatzvereinbarung gemäß §§ 77/78
 SGB VIII und ihre Umsetzung ab 01.01.1999.
 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, die
Grundsatzvereinbarung
 entsprechend umzusetzen.
-
-

Der Stadtrat legte eine - P a u s e - ein.

Zu TOP 07 - Wiedervorlage

g e l e h n t

mehrheitlich a b

Der Antrag wurde a b g e l e h n t.

Zu Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN - zur
räumlichen
Jugendtheatern

Zusammenlegung von Kinder- und

Vorlage Nr. 98/I-48/A-504

Es gab keine Wortmeldungen zu diesem Antrag, der im Fachausschuss
abgelehnt worden
war.

Abstimmung zum Antrag:

mehrheitlich a b g e l e h n t

Der Antrag wurde a b g e l e h n t.

Zu TOP 08 - Anträge von Fraktion und Stadträten

Zu Antrag der Fraktion Neues Forum zum Händel-Haus-Karree

Vorlage Nr. 99/I-50/A-524

Frau **Bohley**, Neues Forum, fragte nach, in welcher Form die von der Verwaltung angesprochenen Informationen gegeben werden sollen.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, wahrscheinlich werde in der Kassenhalle der Hauptstelle der Stadt- und Saalkreissparkasse in der Rathausstraße eine Präsentation stattfinden. Dort werde man ab März eine ständige Ausstellung zur Stadtentwicklung Halles eröffnen.

Herr **Heft**, PDS, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten v e r w i e s e n .

**Zu Antrag der Fraktion Neues Forum zum
Fußgängerverkehr**

Vorlage Nr. 99/I-50/A-525

Herr **Heft**, PDS, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten **v e r w i e s**
e n.

**Zu Antrag der Fraktion Neues Forum zur Umgestaltung
des**

August-Bebel-Platzes

Vorlage Nr. 99/I-50/A-526

Herr **Heft**, PDS, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten **v e r w i e s
e n.**

**Zu Antrag der Fraktion Neues Forum - Einrichtung eines
Begegnungs-
zentrums für Ausländer und Deutsche**

Frau **Haupt**, SPD, beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in den Sozial- und Gesundheitsausschuss sowie den Gleichstellungsausschuss.

Herr **Doege**, CDU, bat, den Antrag auch in den Unterausschuss Finanzen zu verweisen.

Frau **Tannenberg**, PDS, begrüßte den Antrag namens ihrer Fraktion. Diese stimme auch der Verweisung in die genannten Ausschüsse zu, beantrage aber auch noch eine Verweisung in den Bildungs- und Kulturausschuss.

Herr **Müller**, PDS, ergänzte, auch der Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften solle sich mit dem Antrag befassen.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, kritisierte die Verfahrensweise. Er finde, dass das Anliegen nicht dazu geeignet sei, dass Stadträte eine Farce daraus machten. Es sei seiner Meinung nach schon notwendig, über das Anliegen des Antrages noch ausführlich zu sprechen. Er halte aber die Verballhornung dieses Anliegens in der Art und Weise, wie durch Zuruf die Zuweisungen in die Ausschüsse erfolgt sei, als ein ganz schlechtes Zeichen gegenüber den ausländischen Mitbürgern.

Der Antrag wurde in den

- Sozial- und Gesundheitsausschuss, den
- Gleichstellungsausschuss, den
- Bildungs- und Kulturausschuss, den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den
- Unterausschuss Finanzen v e r w i e s e n .

Zu Antrag des Stadtrates Dr. Jürgen Ackermann (CDU-Fraktion)

**betreffend die Übertragung von
Beschlüssen des Stadtrates auf
Datenträger**

Vorlage Nr. 99/I-50/A-528

Herr **Dr. Ackermann**, CDU, fragte, ob es nicht möglich sei, über das Kommunalbüro sofort eine Diskette zu beziehen, auf der die letzte Stadtratssitzung bzw. die Niederschrift aufgezichnet sei. Das sei an sich eine ganz einfache Forderung, die erfüllt werden könnte. Darüber hinaus frage er, man habe derzeit unter dem Betriebssystem schon „Windows 98“, sollte man hier nicht einen Update durchführen, also aufrüsten, denn 3.1., 3.11. gehörten schon längst in die Mottenkiste.

Frau **Bohley**, Neues Forum, äußerte, sie könne es sich nicht verkneifen: Sie hoffe doch, dass man nicht in das Zeitalter der virtuellen Kommunikation eintrete, das heiÙe nämlich - der scheinbaren Kommunikation. Sie hoffe doch, dass wir ein Zeitalter einer wirklichen Gesprächsbereitschaft eröffnen können.

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD, bat, man sollte die Aufzeichnung in „Word 97“ schreiben. Dies sollte unbedingt berücksichtigt werden, den mit „Word 97“ könnten alle vorher gelaufenen Textverarbeitungsprogramme von Word gelesen werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag:

einschließlich Ergänzung

Stadtrat Dr. Klapperstück (2. Satz):

mehrheitlich z u

g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-50/A-528 - Antrag des Stadtrates Dr. Jürgen Ackermann (CDU-Fraktion)

Übertragung von Beschlüssen des Stadtrates auf

**betreffend die
Datenträger**

Der Stadtrat beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu
veranlassen, dass die bestätigten
Beschlussvorlagen, Anträge und Anfragen der
jeweiligen Stadtratssitzungen in
Kurzform auf Datenträger übertragen werden.
Die Textaufzeichnung sollte in „Word 97“ erfolgen.

Zu Antrag der CDU-Stadtratsfraktion betreffend die
Einwerbung von Fördermitteln für das Händel-Haus bei
der Bundesregierung

Vorlage Nr. 99/I-50/A-529

Herr **Doege**, CDU, äußerte, aus der Stellungnahme der Verwaltung sei
zu entnehmen,
dass gegenwärtig bereits entsprechende Verhandlungen mit dem
Bundeskanzleramt geführt
würden.
Er erkläre damit den **Antrag als erledigt, er bitte aber,
dass der Stadtrat über die Ergebnisse der Verhandlungen informiert
werde.**

**Zu Antrag des Stadtrates Ingo Kautz (CDU-Fraktion) zur
Verbesserung
der Attraktivität des Hallmarktes und
seines Umfeldes**

Vorlage Nr. 99/I-50/A-530

Herr **Kautz**, CDU, erläuterte das Anliegen seines Antrages. Die Verwaltung solle mit den Eigentümer, der EVH und der HAVAG, verhandeln, damit eine Verbesserung der jetzigen Situation erreicht werde.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, informierte, dass eine Zwischenlösung mit der EVH eingegangen werde, um möglichst kurzfristig eine Öffnung von der Mitte des Gebäudes zu ermöglichen und die symmetrische Treppenanlage als öffentlichen Weg nutzen zu können. Die Kosten könnten aus der Städtebaufinanzierung übernommen werden.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** ergänzte, die Überlegungen, dieses Haus zu erwerben, seien fallengelassen. Sie gingen jetzt in die Richtung, dass sich die Eigentümer Gedanken machen, um eine Nutzung zu erhalten, die der Attraktivität des gesamten Standortes zugutekomme.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, beantragte namens seiner Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

**- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten v e r w i e
s e n.**

Zu Antrag der F.D.P.-Fraktion - EURO-Anleihe für die Stadt Halle

Vorlage Nr. 99/I-50/A-531

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., dankte für die ausführliche Stellungnahme der Verwaltung.

Er ging auf inhaltliche Fragen ein und meinte, mit dieser Methode habe man die einmalige Gelegenheit die Stadt Halle weltweit und auch noch genau an den Stellen zu präsentieren, wo es darum gehe, über Geld zu reden, Leute zu finden, die als Investoren für die Stadt in Frage kämen. Er folge der Anregung des Beigeordneten für Finanzen, den Antrag **im Unterausschuss Finanzen weiter zu beraten**.

Herr **Heft**, PDS, erklärte, dieser Antrag der F.D.P.-Fraktion gehe, soweit er sich erinnern könne, auf eine Anfrage der PDS-Fraktion im Herbst des letzten Jahres zurück. Damals sei geantwortet worden, dass aufgrund der zu gewährenden Zinsen Kommunalanleihen für die Stadt selbst wesentlich teurer seien als wenn man die entsprechenden Kredite auf dem freien Markt aufnehme. Nichts anderes antworte auch heute Herr Koch. Man sollte wirklich überlegen, ob man den Weg der Kommunalanleihe gehen wolle. Er bat um Ablehnung des Antrages.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, meinte, grundsätzlich stehe seine Fraktion dem Prüfauftrag positiv gegenüber. Er warne aber davor, dass man plakativ und in einer großen Runde Vorteile der einen oder anderen Lösung beim Umgang mit Geld darstelle. Es müsse sorgfältig und in Ruhe abgewogen werden. Dafür könne nur ein kleines Gremium wie der Unterausschuss Finanzen der richtige Rahmen sein. Im Namen seiner Fraktion unterstütze er die Verweisung des Antrages in den Unterausschuss Finanzen.

Herr **Küpperbusch** präzisierete, der Antrag möge im Unterausschuss Finanzen und im Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften beraten werden.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften und in den
- Unterausschuss Finanzen v e r w i e s e n .

Zu Antrag der Fraktion der PDS zur Schulspeisung in der Stadt Halle

Vorlage Nr. 99/I-50/A-532

Herr **Prof. Kiel**, PDS, bat um Zustimmung für den Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-50/A-532 - Antrag der Fraktion der PDS zur Schulspeisung in der
Stadt Halle

Der Stadtrat beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat zu seiner Tagung am 28. April 1999 einen Sachbericht zur praktischen Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 19.11.1997 „Neuorganisation der Schulspeisung ab 1. Januar 1998 durch Übertragung der Leistung an private Essenanbieter“ vorzulegen.

**Zu Antrag der Stadträtin Ute Haupt, PDS, und des
Stadtrates Uwe Heft,
PDS, zur Errichtung eines
Spielplatzes im Bereich Ammendorf**

Vorlage Nr. 99/I-50/A-533

Herr **Heft**, PDS, merkte zum Standpunkt der Verwaltung an, dass nicht deutlich werde,
was die Verwaltung mit ihrer Stellungnahme sagen wolle. Seines Wissens sei Ammendorf der
einzige Stadtteil ohne Spielplatz.
Er bat, dem Antrag zuzustimmen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** plädierte dafür, die Zusammenhänge zu
sehen und Prioritäten zu setzen. Damit sei nicht gesagt, dass
Ammendorf nicht die höchste Priorität haben solle.

Frau **Fuchs**, SPD, beantragte namens ihrer Fraktion die Verweisung
des Antrages in den
Jugendhilfeausschuss.

Herr **Doege**, CDU, wies darauf hin, dass die Beratung des Antrages in
die Haushaltsdebatte
mit einbezogen werden sollte. Namens seiner Fraktion beantrage er
die Verweisung in den
Unterausschuss Finanzen.

Herr **Heft** ergänzte, der Antrag möge auch im Ausschuss für Planungs-
und Umweltange-
legenheiten behandelt werden.

Der Antrag wurde in den

- Jugendhilfeausschuss, in den

- Unterausschuss Finanzen und in den
 - Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten
- v e r w i e s e n.

Zu Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck, PDS, zu dem denkmal-

geschützten Bürgerhaus „Kühler
Brunnen“

Vorlage Nr. 99/I-50/A-534

Herr **Dr. Köck**, PDS, beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften

v e r w i e s e n.

**Zu Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke (CDU-Fraktion)
betreffend die**

**Einrichtung einer
Mietrechtsberatungsstelle**

Vorlage Nr. 99/I-50/A-535

Herr **Kupke**, CDU, wies auf das Beispiel in Leipzig hin und bat, dem Prüfauftrag zuzustimmen.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, meinte, das Anliegen sei zu unterstützen, er bat aber, das Rechtsamt zu prüfen, ob eine Rechtsberatung in Sachen Mietrecht durch die Stadt möglich sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte zu, dies in die Prüfung einzubeziehen.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**Beschluss Nr. 99/I-50/A-535 - Antrag des Stadtrates Wolfgang Kupke
(CDU-Fraktion)**

Einrichtung einer Mietrechtsberatungsstelle **betreffend die**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Einrichtung einer Mietrechtsberatungs-
stelle ohne Einstellung von zusätzlichem Personal zu prüfen.

Zu Antrag der Stadträtin Dr. Gerda Frühauf (Fraktion
Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN - Graue Panther)
zu Fußgänger-
Pflegeeinrichtungen schutzwegen vor Alten- und
Vorlage Nr. 99/I-50/A-536

Frau **Dr. Frühauf**, Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN - Graue Panther, beantragte namens ihrer Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten, den Unterausschuss Finanzen und in den Innenausschuss.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten, den
- Innenausschuss und in den
- Unterausschuss Finanzen v e r w i e s e n.

Zu Antrag der Stadträtin Dr. Gerda Frühauf (Fraktion Volkssolidarität

1990 e.V./DIE GRAUEN-Graue Panther)
zu Änderung der

Abfallsatzung: Verbrennen von
Gartenabfällen

Vorlage Nr. 99/I-50/A-537

Frau **Dr. Frühauf**, Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN - Graue Panther, zeigte sich mit der Stellungnahme der Verwaltung nicht einverstanden und beantragte namens der Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten **v e r w i e s**
e n.

Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - LKW-Parkplätze
in Halle-Neustadt

Vorlage Nr. 99/I-50/A-538

Frau **Dorn**, SPD, erklärte, ihre Fraktion stimme der Verweisung in den Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den Innenausschuss zu. Sie weise mit Nachdruck darauf hin, dass dies dringend behandelt werden müsse.

Herr **Doege**, CDU, meinte, der Antrag sei zu kurz gegriffen. Auch an anderen Standorten wie der Straße der Republik sei ein ähnlicher Zustand. Wenn eine Prüfung in den genannten Ausschüssen erfolge, sollten alle neuralgischen Punkte der Stadt einbezogen werden.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, bat - aufgrund der schlechten Erfahrungen, die man mit dem Thema Park&Ride gemacht habe - die Ergänzung von Herrn Doege sollte nicht dazu führen, dass das ganze Thema endlos verschleppt werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde in den

- Ausschuss für Planungs- und Umweltangelegenheiten und in den
- Innenausschuss v e r w i e s e n.

**Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Erklärung zum
Ausschluss von**

Kinderarbeit bei Ausschreibungen
Vorlage Nr. 99/I-50/A-539

Frau **Scheller**, SPD, erklärte, ihre Fraktion sei sich der Schwierigkeiten bei der Durchsetzung dieser Forderung durchaus bewusst. Es werde schwierig sein, so etwas zu kontrollieren.

Man bedanke sich für die Bereitschaft der Verwaltung, einen entsprechenden Zusatz bei den Ausschreibungen auszunehmen.

Herr **Doege**, CDU, fragte, ob die Aufnahme eines solchen Zusatzes nach den Vergabeordnungen möglich sei. Er denke, dass eine vorherige rechtliche Prüfung nötig sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, wenn der Antrag beschlossen werde, werde der Verwaltung der Auftrag gegeben, das zu tun, was gesetzlich möglich sei.

Herr **Dr. Köck**, PDS, regte an, dass generell ein Ausschluss von Produkten aus Ländern, bei denen erfahrungsgemäß Kinderarbeit gang und gäbe sei, erfolgen könnte. Das würde auch politischen Druck auf die Regierungen dieser Länder ausüben.

Herr **Sänger**, CDU, meinte, man sollte sich hüten, etwas zu beschließen, was jenen, die damit umgehen, nur ein müdes Lächeln abringe. Er schlage vielmehr vor, heute oder demnächst eine Resolution oder etwas Ähnliches zu formulieren und zu verabschieden.

Herr **Kupke**, CDU, plädierte für eine klare Antragsformulierung durch den Antragsteller. Man könne nicht über etwas abstimmen und die Verwaltung setze es sinngemäß um.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, beantragte namens der SPD-Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben.

Der Antrag wurde in den

**- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben v e
r w i e s e n.**

**Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Schwimmhalle in
Halle-Neustadt:**

Preisgestaltung, Hygiene, Nutzung
Vorlage Nr. 99/I-50/A-540

Herr **Dr. Klapperstück**, SPD, erklärte, die Verwaltung habe sich positiv geäußert. Seine Fraktion bitte um einen Bericht in schriftlicher Form.

Herr **Doege**, CDU, äußerte, seine Fraktion habe im Februar 1998 durch Herrn Kupke einen Antrag eingebracht, der in die gleiche Zielrichtung gegangen sei und der nach Verweisung in Ausschüsse letztendlich abgelehnt worden sei. Er meine, man sollte nicht Dinge, die schon einmal beraten worden seien, wieder auf die Tagesordnung bringen. Es gebe eine gültige Benutzungsordnung für das Schwimmbad, es gebe die Entgeltsatzung; wenn die Sauberkeit nicht in Ordnung sei, dann müsse sich das Sport- und Bäderamt darum kümmern. Dazu müsse man nicht einen Stadtratsbeschluss verabschieden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

**Abstimmung zum Antrag in modifizierter Form: mehrheitlich z u g
e s t i m m t**
(1. Satz: ...schriftlichen...)

**Beschluss Nr. 99/I-50/A-540 - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion -
Schwimmhalle in**

Halle-Neustadt:

Preisgestaltung, Hygiene, Nutzung

Zusammenhang mit dem Betrieb der Schwimmhalle Neustadt zu folgenden Problembereichen dem Stadtrat und dem Sportausschuss einen *schriftlichen* Bericht vorzulegen:

1. Preisgestaltung, insbesondere der Eintrittspreis von 5,00 DM/Stunde, und das Fehlen einer Saisonkarte mit Preisnachlass.

2. Die Hygiene in der Schwimmhalle, insbesondere die Frage, ob ausreichend

Reinigungspersonal vorhanden ist.

3. Die Beschwerden von Normalnutzern über die Beschränkung der Nutzungs-

der überwiegenden Wasser-

möglichkeit durch Vereinsnutzung (Absperren fläche, völlige Sperrung der Sprunganlage)

Der Bericht ist mit Nutzern und Personal der Schwimmhalle zu diskutieren

und Verbesserungsvorschläge sind zu unterbreiten.

Zu Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Standorte für Wertstoffcontainer

Vorlage Nr. 99/I-50/A-541

Frau **Dorn**, SPD, bat um Abstimmung zum Antrag.

Abstimmung zum Antrag: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss Nr. 99/I-50/A-541 - Antrag der SPD-Stadtratsfraktion - Standorte für

Wertstoffcontainer

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

- umgehend zu prüfen, an welchen Stellplätzen für Wertstoffcontainer auf

Grund geringer Kontrollierbarkeit regelmäßig Sperr- und Restmüllablagerungen

sowie Brandstiftungen erfolgen,

- für o.g. Stellplätze Alternativstandorte auszuweisen, die gewährleisten, dass

Verunreinigungen und Brandstiftungen vermieden werden können.

Zu TOP 09 - Anfragen von Stadträten

*(Die Anfragen der Stadträte an die 50. Tagung sowie die Antworten der Verwaltung werden auf den Seiten 93 bis 131 der Niederschrift wiedergegeben.
Die Niederschrift der Diskussion im Stadtrat erfolgt ab Seite 132 .)*

**Zu Anfrage Nr. 01 - der Fraktion Neues Forum - zu
Werbetafeln auf**

Fußwegen

Frau **Bohley**, Neues Forum, ging auf die Antwort der Verwaltung ein, in der von einer verbleibenden Gehwegbreite von mindestens 1,50 Meter die Rede sei. In einer ähnlichen Anfrage habe die Antwort der Verwaltung (28.05.97) gelautet: 2,50 Meter.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, bestätigte, die richtige Antwort laute: 1,50 Meter.

**Zu Anfrage Nr. 02 - der Fraktion Neues Forum - zum
Werbemast auf**

**dem Fußweg Anhalter
Straße/Merseburger Straße**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 03 - der Fraktion Neues Forum - zur
Wiederherstellung**

**Schimmelstraße
des Fußweges**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 04 - der F.D.P.-Fraktion zur Austragung
der Weltmeister-**

schaft im

Schiffsmodellsport in Halle

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 05 - der F.D.P.-Fraktion zur Meldung
über Abriss der**

Fußgängerbrücke

Magistrale/Schwimmhalle

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, unabhängig von der schriftlichen Antwort der Verwaltung habe man weitere Unterlagen gesichtet über frühere Planungen. Zur Frage Denkmalschutz:

Im Zuge der Sanierung der Schwimmhalle sei diskutiert worden, dass das Ensemble

Schwimmhalle und Fußgängerbrücke eine typisch hallesche Bautechnologie sei und erhaltenswert sei.

Der Gedanke, diese Fußgängerbrücke zu erhalten, resultiere u.a. daraus, dass diese Schwimmhalle existiere und täglich Hunderte von Schulkindern diese Brücke nutzten.

Auf der einen Seite werde ständig über die finanzielle Situation der Stadt gejammert, auf der anderen Seite leiste man sich Dinge: Abrisse zu tätigen. Das könne seine Fraktion nicht verstehen. Aufgrund dieser Antwort auf diese Anfrage werde sicher ein Antrag seiner Fraktion entstehen, der sich mit diesem Thema noch einmal befasst.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Bauen, sah das Problem so: Wenn die Verwaltung 1993 mit Sicherheit gewusst hätte, dass man eine Straßenbahn Halle-Neustadt - Hauptbahnhof bekommen werde, dann hätte man das nicht gemacht, hätte nicht Geld in die Sanierung der Brücke gesteckt.

**Zu Anfrage Nr. 06 - der F.D.P.-Fraktion -
Wohnumfeldgestaltung in**

Trotha

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Zu Anfrage Nr. 07 - des Stadtrates Dr. Köck, PDS, zu Vorteilen und

Kosten von Eingemeindungen

Herr **Dr. Köck**, PDS, ging auf die Antwort der Verwaltung ein, die sich mit dem ersten Fragepunkt sehr ausführlich befasst habe; das könne man als Zwischeninformation ansehen. Er denke, man sollte langfristig über die gestellten Fragen diskutieren. Was ihm in der Antwort fehle, sei die Frage der finanziellen Seite. Gerade die finanziellen Belange seien oftmals die Hauptbegründung dafür gewesen, nach Eingemeindungen zu rufen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** meinte, es sollte eine politische Diskussion dazu geben, diese könne jedoch nicht durch die Verwaltung mit der Beantwortung einer Anfrage angeregt werden. Mit der Beantwortung der Frage Nr. 1 sei versucht worden, die Vorteile für die gesamte Region aufzuzeigen, ohne damit unter den Tisch zu kehren, dass diese eine Problematik sei, über die wirklich zu diskutieren sei.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, äußerte, es sei schon ein bisschen pikant, wenn ein Landtagsabgeordneter im Prinzip die politische Verantwortung an Kommunalpolitiker abgebe. Er könne nur darum bitten, den Möglichkeiten im Landtag nachzukommen und dort eine Gesetzesänderung einzubringen, damit endlich diese „Kleinstaaterei“ im Land Sachsen-Anhalt aufhöre.

Herr **Dr. Köck** erwiderte, er sei gegen Zwangseingemeindungen. Es gehe ihm darum, die raumordnerischen und Umweltprobleme in diesem Ballungsgebiet zu lösen, und dies nicht nur in Form der Eingemeindung.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** verwies auf die Aussage im Gesetz zur Kreisgebietsreform hin, in der formuliert sei, dass die Beziehungen zwischen Stadt und den Umlandkommunen gesetzlich geregelt werden sollen. Diese Aussage sei noch nicht umgesetzt worden.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, ergänzte, Flächenanspruch und Finanzbedarf allein rechtfertigten keine Eingemeindung. Es gebe nach wie vor spezifische Probleme mit Nachbargemeinden allmonatlich, die nur dadurch zustande gekommen seien, dass man nicht die Planungshoheit habe. Er nenne nur Peißen als Beispiel.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS, schlug vor, die Diskussion zu beenden. Die Reaktionen im Saal

zeigten jedoch, dass dieses Thema dringend einer Verständigung im Stadtrat bedürfe.

**Zu Anfrage Nr. 08 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Auswir-
kungen der
Gesetzesänderung zum Kindschaftsrecht**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 09 - der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Kürzung der
Zuweisungen an die
Freien Träger der Jugendhilfe**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 10 - der SPD-Fraktion - Bürgerforum in
Heide-Nord -
Renaturierungs- und
Gestaltungsmaßnahmen am
Hechtgraben**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 11 - der SPD-Fraktion - zur Situation
in der Großen
Märkerstraße**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 12 - der SPD-Fraktion - Sanierung
Kirchteich in Halle-**

Neustadt, Passendorf

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 13 - der Stadträtin Dorn, SPD -
Sperrung der Teichstraße**

für Durchgangsverkehr

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**Zu Anfrage Nr. 14 - der SPD-Fraktion -
Wanderausstellung „Vernichtungs-**

**krieg - Verbrechen der
Wehrmacht 1941-1944“**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

Mündliche Anfragen:

Frau **Schaffer**, PDS, fragte nach den Schäden, die bei der Entsorgung von Altmüll durch die Stadtwerke entstehen. Es würden Grünanlagen, Bordsteinkanten u.a. zerstört.

Herr **Heinrich**, Beigeordneter für Bauen, antwortete, wenn man über solche Vorfälle informiert werde, würden die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, fragte zur geplanten Brücke zur Rabeninsel. Im Haushaltsplanentwurf seien 700 TDM für den Bau dieser Brücke veranschlagt. Es sei nicht bekannt, ob und an welchem Standort die Brücke gebaut werden soll und ob inzwischen eine verbindliche Finanzierungszusage von Dow Chemical vorliege. Wie sei der Verfahrensstand zum Bau dieser Brücke bezüglich der Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für das Naturschutzgebiet? Habe die Untere Naturschutzbehörde bereits diesen Fragen zugestimmt?

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, antwortete, eine schriftliche Zusicherung über 2 Mio DM liege von Dow Chemical vor. Der Standort sei die Verlängerung der Diesterwegstraße, der auch durch die Obere Naturschutzbehörde bestätigt worden sei. Eine Ausnahmegenehmigung des Regierungspräsidenten liege vor, so dass jetzt die Ausschreibung der Brücke vorgenommen werden könne. Die 700 TDM oder 750 TDM seien der städtische Eigenanteil, die durch den Beschluss des Stadtrates zum Haushalt noch bestätigt werden müssen.

Herr **Scholze**, F.D.P., sprach zum Thema Fahrausweise der HAVAG. Es sei zu Ohren gekommen, dass ab März 1999 kleinere Geschäfte und Kioske nicht mehr die Möglichkeiten hätten, Straßenbahnfahrtscheine in Form der Monatskarte zu verkaufen. Die HAVAG begründe das damit, dass die Umstellung des Fahrtscheinsortiments einhergehe mit einer Umstellung des Vertriebssystems. Seine Fraktion frage deshalb:

1. Welches ist der sachliche Hintergrund dieses neuen Vertriebssystems?
2. Welche ökonomischen Vorteile bringt das neue Vertriebssystem, etwa den Einbehalt des 0,2 %-Bonus für die Kleinhändler?
3. Warum engt man ein für den Kunden bewährtes und bequemes Verkaufssystem über Läden, Imbissstuben oder Kioske ein bzw. schafft es ab?
4. Ist geplant, nachdem HAVAG-Verkaufsmonopol für Monatskarten auch solche für andere Fahrausweisarten zu schaffen?

Herr **Dr. Brockmann** sagte eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

Herr **Dr. Koehn**, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzte, dass die HAVAG an der Endstelle Heide nicht in der Lage sei, am Monatsanfang ab 6.00 Uhr Monatskarten zu verkaufen; Begründung: sie seien noch nicht geleifert worden. Er begrüße die Anfrage der F.D.P.-Fraktion. Es sollte dabei bleiben, dass auch andere verkaufen können.

Herr **Kautz**, CDU, teilte mit, dass in Magdeburg zur Zeit die Landesbauausstellung stattfinde. Die Stadt Halle als größte Stadt des Landes sei dort nicht vertreten. Warum nicht?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte eine Prüfung sowie eine schriftliche Antwort zu.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 10 - Mitteilungen

Herr **Dr. Brockmann** wies darauf hin, dass die Mitgliedern des Stadtrates laut Beschluß zum Antrag der F.D.P.-Fraktion - Beschluss Nr. 99/I-49/A-523 - eine **Aufstellung der 1998 neu in Halle angesiedelten bzw. verzogenen Unternehmen auf der Basis von Aktivitäten des Dezernates Wirtschaftsförderung** erst im Mai erhalten können.

Herr **Walter**, Beigeordneter für Wirtschaftsförderung, Beschäftigung und Liegenschaften, ergänzte, dass der Hauptausschuss auf seiner letzten Sitzung festgelegt habe, schon im März über die Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer A und B unabhängig

von der Beschlussfassung zum Haushalt 1999 zu entscheiden. Sein Dezernat bemühe sich, rechtzeitig bis zur März-Tagung diese Aufstellung vorzulegen.

Herr **Dr. Brockmann** informierte weiter, schriftlich liege vor: **Information „Situation ruinöser Häuser“** (Antrag des Stadtrates Kupke, CDU - Öffentliche Bekanntmachung der Eigentümer ruinöser Häuser - Vorlage Nr.: 98/I-47/A-496)

Frau Bürgermeisterin **Szabados** teilte mit, der Stadtrat habe am 27.05.1998 mit der Vorlage zum **Investitions- und Finanzplan zum Nahverkehrsplan der Stadt Halle** unter Punkt 4.4. beschlossen, im Februar 1999 einen **Zwischenbericht** über die erste Fortschreibung dieses Investitions- und Finanzierungsplanes zu geben. Die Verwaltung wolle diesen Bericht im April 1999 geben.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planung und Umwelt, informierte **zum Stand und zur weiteren Entwicklung des Baugebietes „Spitze“** (Antrag des Stadtrates Dr. Köck, PDS - Vorlage-Nr.: 98/I-48/A-511). Zur städtebaulichen Entwicklung seien sechs Beschlüsse gefasst worden. Es habe 1991 mit dem Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan begonnen, sei weitergegangen mit einem Beschluss auf der Grundlage des 1. Preises des städtebaulichen Wettbewerbes zum städtebaulichen Konzept, weiter die Offenlegung des Bebauungsplanes, dann der städtebauliche Vertrag und dann eine weitere Offenlegung sowie der Beschluss zum Händel-Forum selbst. Er erläuterte an Hand eines Modells und älterer Pläne einzelne Schritte der Entwicklung. Was soll an Nutzung im letzten Bauabschnitt erreicht werden? - Die Investoren hätten sehr viele Rechte im Rahmen der Grenzen des Bebauungsplanes. Die Verwaltung müsse aus diesem Grunde besonders gut mit den Investoren zusammenarbeiten, um die Nutzungen in eine richtige Richtung zu bekommen. Die Nutzungsvorschläge, die jetzt durch die Köllmann-Gruppe vorgelegt wurden, seien Orientierungen.

Herr **Dr. Köck**, PDS, äußerte, dass bei einer Planung eines Gebietes über eine so lange Zeit immer wieder Veränderungen erforderlich seien, sei klar. Im Gegensatz zu den Anfangsplänen seien durchaus auch positive Dinge dabei herausgekommen, z.B. die Lage der Konzerthalle. Das Problem für ihn sei jedoch die Informationspolitik der Stadtverwaltung gerade in den letzten Jahren. Dass sich die Stadträtinnen und Stadträte letztendlich aus der Zeitung haben informieren müssen bis zum Juni des vergangenen Jahres und dass es notwendig gewesen sei, im Dezember 1998 noch einen Antrag stellen zu müssen, damit der Stadtrat informiert werde - das sei das eigentliche Dilemma. Zur Zeit habe man noch immer keinen beschlossenen Bebauungsplan „Spitze“. Die Frage sei, warum nicht. Für manche Dinge bringe das natürlich auch eine größere Flexibilität, nicht mit einer Satzung eines Bebauungsplanes zu operieren. Man arbeite also mit den Bemerkungen zur Offenlegung, und die Teilnahme der Träger öffentlicher Belange gebe

nach dem Baugesetz auch die Möglichkeit, dann nach § 33 die Baugenehmigung zu erteilen.
Ein ganz gravierendes Problem sei für ihn der städtebauliche Vertrag. Der Stadtrat habe also am 12.04.1995 diesen städtebaulichen Vertrag beschlossen. Darin stehe: „Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Vertrag in der Fassung gemäß Ziffer 1 abzuschließen.“
Wenn er diesen Beschlusstext richtig auslege, sei der Oberbürgermeister nicht berechtigt gewesen, gravierende Veränderungen in dem Vertrag eigenmächtig vorzunehmen, ohne dass der Stadtrat wenigstens informiert werde. Dass es aus bestimmten Gründen dazu kommen könne, dass bis zur notariellen Beglaubigung eines städtebaulichen Vertrages zwei Jahre ins Land gehen könnten, sei verständlich. Aber er habe kein Verständnis, dass der Stadtrat nicht informiert werde, dass er einen Vertrag beschlossen habe, der gar nicht notariell beurkundet werde. Das sei das Problem. Dieser Vertrag enthalte doch beträchtliche Veränderungen; er wisse nicht, ob man da nicht hart diskutiert hätte. In dem neuen Vertragstext stehe z.B.: Die Stadt Halle unterstützt die Sichtenbindung des Händel-Forums an die Innenstadt über den Hallmarkt dadurch, dass sie sicherstellt, dass dieser insbesondere durch großkronige Bäume und/oder eine Oberflächengestaltung mit Aufbauten nicht beeinträchtigt wird. - Das habe man nie beschlossen. Das heiße also, die Stadt Halle verpflichte sich, auf dem Hallmarkt oder vor dem Händel-Forum nie große Bäume hinzupflanzen.
In dem neuen städtebaulichen Vertrag stehe, dass, wenn es wirtschaftlich ganz dumm komme für den Investor, von dem Kellnerblock nur die Fassaden stehen bleiben. Sollte sich dies als wirtschaftlich unzumutbar erweisen - stehe weiter - könne über eine der ursprünglichen Gestaltung möglichst nahekommende Form der Rekonstruktion gesprochen werden.
Das heiße also, auch die Möglichkeit, dass der Kellnerblock in großen Teilen abgerissen werden müsse, sei in diesem städtebaulichen Vertrag notariell, vom Oberbürgermeister unterschrieben, beurkundet worden. Das habe aber der Stadtrat 1995 nie beschlossen. Und das seien für ihn keine Lappalien und keine Bagatellen.
In dem städtebaulichen Vertrag von 1997 stehe - vom Notar beurkundet -, dieser Vertrag bedürfe zu seiner Wirksamkeit der Zustimmung des Stadtrates der Stadt Halle. Diesen Vertrag habe der Stadtrat nie beschlossen. Nun könne er fragen, ob dieser Vertrag überhaupt rechtskräftig sei. Es stehe aber dann weiter: Unbeschadet der Regelung in Absatz 1 werde der Vertrag erst wirksam mit Inkrafttreten des Bebauungsplanes. - Der Bebauungsplan sei also auch noch nicht inkraftgetreten, d.h. die zweite Voraussetzung dafür, dass der Vertrag noch nichtig sei. Wenn nicht der nächste Punkt wäre: Sollte vor diesem Zeitpunkt eine vorzeitige Baugenehmigung nach § 33 Baugesetz... dann trete der gesamte Vertrag in Kraft.
Das heiße also, der Stadtrat sei nicht genug informiert worden. Und das sei das, was er

dem Oberbürgermeister zum Vorwurf mache, dass der Stadtrat für alle möglichen Dinge, für Kleinigkeiten habe beschließen müssen, und eine solche wichtige Vertragsänderung habe man nur mitbekommen, als es letztendlich habe zu brennen begonnen und man sich dann im nichtöffentlichen Teil über gewichtige Beschlüsse unterhalten müsse. Erst das sei die Ursache und die ausdrückliche Forderung, dass den Fraktionen überhaupt der veränderte Vertragstext zugekommen sei. Er erinnerte an die Worte von Herrn Feigl in der Einwohnerfragestunde, ob es nicht überlegenswert sei, noch einmal das Konzept aufzumachen, ob es wirklich erstrebenswert sei, dort normale Bürogebäude zu erbauen oder ob man sich nicht die Option offenhalten sollte, an dieser Stelle einen Platz zu haben für einen interessierten Investor, an dem etwas für die Stadt einmaliges entstehen könnte.

Herr **Jeschke**, Neues Forum, erinnerte an Worte von Herrn Dr. Busmann, die dieser am Anfang zu diesem Thema gesagt habe: Das, was sich da vollzogen habe, wäre für ihn eine fürchterliche Normalität. - Für ihn sei diese fürchterliche Normalität etwas Unbegreifliches. Wenn man sich überlege, dass am Anfang wohl alle Stadträte das Gefühl gehabt hätten, dass es von der Verwaltung beabsichtigt gewesen sei, Investoren zu finden, die das umsetzen, was der Stadtrat wolle, und man jetzt am Ende des ganzen Prozesses das Resultat habe, dass Herr Dr. Busmann sage, der Investor könne eigentlich dort machen, was er wolle.

Er könne sich nicht vorstellen, dass dieses wichtige Gebiet im Kern der Stadt ein lebendiges Gebiet werde. Er befürchte, es werde nach 23 Uhr, wenn sich die Konzerthalle schließe, dort nichts weiter passieren. Das habe man eigentlich nie gewollt. Seine Fraktion sei von Anfang an gegen diese großen Lösungen gewesen, weder diese Konzerthalle, noch die anderen großen Gebäude befürwortet habe. Er appellierte an die Verantwortlichen in der Verwaltung, nach allen Möglichkeiten zu suchen, gemeinsam mit dem Stadtrat und dem Investor Lösungen anzubieten, die vielleicht noch retten könnten, was zu retten sei, die dieses „Loch“ nicht zu einem „Loch“ werden lassen in der Geschichte der Stadt. Es sollten ganz neue und unorthodoxe Vorschläge auf den Tisch gelegt werden.

Herr **Doege**, CDU, meinte, alle, sowohl Stadtrat als auch Verwaltung, steckten in einem gewissen Dilemma. Man habe sich damals mehrheitlich bewusst dafür entschieden, und aus seiner heutigen Sicht nach wie vor zu recht dafür entschieden, die gesamte Entwicklung in die Hände einer Investorengruppe zu legen, wo jetzt beschlossen werden soll, dass sich innerhalb dieser Gruppe bestimmte Wege trennen sollen. Man stecke in dem Dilemma, dass sich die wirtschaftlichen Verhältnisse im Laufe der Jahre so geändert haben, dass das ursprüngliche Vorhaben in der Form nicht durchsetzbar sei. Damit müsse man leben. Man müsse

davon ausgehen, aus der Situation das Beste zu machen. Hier stehe der Stadtrat genauso in der Pflicht wie die Verwaltung, auch wenn der Einfluss nahezu gegen Null gehe.

Auf die Vertragssituation eingehend bemerkte er, dass die Informationspolitik in vielen Dingen die Planung betreffend zu wünschen übrig lasse. Er wünschte sich, dass der Stadtrat parallel informiert werde, bevor Vorstellungen der Verwaltung über Vorhaben an die Presse weitergeleitet werden oder im Rahmen von Bürgerbeteiligung bereits bekanntgemacht werden und der Stadtrat anschließend in Drucksituationen stehe, die nicht nötig wären.

Das sei nicht der rechte Umgang, den man zwischen Verwaltung und Stadtrat pflegen sollte.

Dazu sollte es auch nicht erst eines Antrages bedürfen, der eingebracht werden müsse.

Es sei eine Frage des selbstverständlichen Umganges zwischen gleichberechtigten Partnern.

Insofern könne er den Äußerungen von Herrn Dr. Köck folgen. Nicht folgen könne er bei der Wertung des notariellen Vertrages, auch des geänderten. Der Absatz 2 des § 22 zu dem Wirksamkeitsverweis habe noch einen zweiten Unterabsatz, der besage: Sollte vor diesem Zeitpunkt - sprich Zustimmung des Stadtrates - nach Absatz 1 oder aber des Wirksamwerdens des Bebauungsplanes Nr. 13 nach Absatz 2; Unterabsatz 1, eine vorzeitige Baugenehmigung nach § 33 oder eine Zustimmung zur vorzeitigen Errichtung der Erschließungsanlagen ... nach Baugesetzbuch erteilt werden, so wird der Vertrag unbeschadet der Regelung in Satz 1 mit seinem ganzen Inhalt wirksam mit dem Tag der Erteilung dieser Zustimmung bzw. der Erteilung der Baugenehmigung. - Insoweit sei die Verwaltung „fein `raus`, sie habe aus seiner Sicht keinen Rechtsbruch gemacht.

Er fasste zusammen: Der Stadtrat habe den Anspruch auf eine andere Information. Man wolle nicht über Vorhaben der Stadt durch die Presse informiert werden, besonders zu solchen grundlegenden Planungen wie auch die Vorhaben in der Ludwig-Wucherer-Straße.

Er weigere sich, für eine zu erwartende Normalität einen Antrag stellen zu müssen, dass dies auch Normalität werde. So könne es in Zukunft nicht mehr laufen.

Herr **Dr. Müller-Gerberding**, SPD, gab Herrn Jeschke Recht, in diesem Stadtteil brauche man Leben. Aber er glaube, dass man auch ein Stück Vertrauen haben müsse, dass Investoren im Markt reagieren und vernünftige Lösungen, die umsetzbar seien, suchen müssen.

Man sollte sich davor hüten, die zugegebenermaßen geringen Einflussmöglichkeiten als Stadt zu überdehnen. Wichtiger als die Frage, ob diese oder jene Nutzung dort stattfindet, sei die Frage, ob dort gebaut werde, ob der Kellnerblock endlich instandgesetzt werde, ob das große Wandbild - er erinnere an das Wandbild in der Kleinen Ulrichstraße, das seit Anfang der achtziger Jahre existiere und nur kurzzeitig überbrücken sollte und das man heute noch

bewundern könne - verschwinde. Wichtiger sei die Frage, dass Halle nicht langsam zur Stadt der Wandbilder werde, sondern dass dieses „Loch“ zugebaut werde, das dort etwas geschehe. Das sei das, was die Stadt brauche. Was man weiter brauche, sei, dass die Stadt ihren Einfluss nicht so nehme, wie es in dem Gebiet bereits mit den Stadtwerken, der Nutzung der Konzerthalle geschehe, dass man eigentlich sich selbst nur etwas hingebaut habe, was man für die Eigennutzung habe. Man brauche dort private Nutzungen in möglichst großem Umfang für die Restbebauung. Das seien die wichtigsten Prämissen für die Stadt, die im weiteren zu beachten seien.

Herr **Küpperbusch**, F.D.P., erklärte, aus Büchern über die Historie der Stadt schöpfe er die Hoffnung, dass die Geschichte über die jetzige Zeit auch nicht so scharf richte, wie es einem jetzt manchmal vorkomme. Wenn er über das lese, was unsere Altvordern entschieden hätten und was heute die Stadt wesentlich präge, dann sei das damals fast immer strittig gewesen. Es sei nie so gewesen, dass eine Entwicklung in dieser Stadt von vornherein von allen immer Zustimmung gefunden habe. Da finde man sich rückblickend in guter Gesellschaft.

Zu der von Herrn Köck angesprochene Problematik der mangelhaften Information, könne er diesem nur Recht geben, nicht nur, was das Problem „Spitze“ betreffe. Er habe manchmal das Gefühl, als ob man im Laufe der Jahre eine Entwicklung genommen habe, die wenig gut sei. Er habe auch das Gefühl, das er manchmal den Informationen hinterherrennen müsse, dass er vieles aus Quellen erfahre, die gar nicht dazu geeignet seien, ihn zu informieren. - Natürlich denke er darüber nach, warum das so sei. Er könnte sich vorstellen, aus Sicht eines Stadtrates, dass möglicherweise dieser oder jener Vertreter der Verwaltung regelrecht auch Angst davor habe, Informationen 'rüber zu bringen, die dann letztendlich wieder in einem Prozess des Zerredens oder des Zerdiskutierens enden. Und aus dieser Situation heraus mag eine Entwicklung zustande gekommen sein, die er für ungut halte, denn eigentlich seien Verwaltung und Stadtrat nicht zwei feindliche Gruppierungen, sondern sollten gemeinsam arbeiten. Zum Thema „Spitze“: Man werde sich sicher noch daran erinnern, wie es dort aussah, bevor begonnen wurde zu bauen. Als Kind sei er mit dem Boot auf der Gerbersaale gefahren, es sei schon damals eine Rattenburg gewesen, dem Verfall preisgegeben. Im Laufe der Jahre habe sich nichts geändert. Er sei froh gewesen, als dann der Startschuss gekommen sei, um dort etwas zu entwickeln. Das subjektive Empfinden für die Bauten sei normal. Das, was heute in der Einwohnerfragestunde dazu geäußert worden sei, habe ihn in Teilen sogar ein bisschen erschreckt. Er wisse nicht, was negativ daran sei, dass man ein innerstädtisches Zentrum z.B. in Richtung Neustadt öffne. Neustadt sei ein Stadtteil dieser Stadt und habe den

gleichen Anspruch wie jeder andere darauf, eine entsprechende Berücksichtigung zu finden, und mit der Brücke, die man jetzt bauen werde, werde diese Erschließungsproblematik sicher besser.

Wenn gesagt werde, man wolle warten, um für künftige Generationen etwas ganz Besonderes zu machen, so erwarte er dafür einen konkreteren Hinweis. Man habe 10, 15 Jahre darauf gewartet, dass auf diesem Terrain etwas entsteht. Es fehle aber die Idee, das Wissen, was man da Geniales entwickeln könne, er wisse nichts und vermutlich gehe das allen im Raum so. Also müsse man versuchen, aus der bestehenden Situation das beste zu machen. Es werde ein Kompromiss sein, darüber sei er sich im klaren. Wichtig sei, dass es ein lebendiger Teil dieser Stadt werden sollte.

Herr **Dr. Busmann** räumte ein, Öffentlichkeitsarbeit sei eine sehr wichtige und sehr schwierige Sache. Man müsse einfach sagen, dass man eigentlich noch mehr tun müsste in dieser Sache. Aus den verschiedenen Problemen und Konflikten gerade im letzten Jahr habe man die Schlussfolgerung gezogen, nicht nur hin und wieder Bürgerversammlungen zu machen, sondern auch eine ständige Ausstellung (ab März 1999 in Räumen der Sparkasse) zu organisieren. Kritisch müsse er aber auch hinzufügen, dass, wenn Bürgerversammlungen durchgeführt werden, sie gar nicht so angenommen werden. Auch die öffentlichen Sitzungen des Ausschusses für Planungs- und Umweltangelegenheiten würden von den Bürgern noch gar nicht richtig wahrgenommen. Für ihn sei es auch immer wieder ein Thema, dass die Ehrenamtlichen, also die Mitglieder des Stadtrates, genauso wie die Hauptamtlichen, Mitglieder der Verwaltung auch informieren können. Der Bebauungsplan sei deshalb noch nicht zur Satzung vorgelegt worden, weil nicht auszu-schließen gewesen sei, dass noch kleinere Änderungen gemacht werden müssen. Er denke, wenn die Phase Frühjahr 1999 vorbei sei, sollte der Plan endgültig zur Satzung vorgelegt werden.

Zum Kellnerblock: Dieser liege der Verwaltung sehr am Herzen. Das, was jetzt an Verträgen vorgelegt werde, gehe deutlich darüber hinaus, was man vorher jemals gehabt habe. Er hoffe, dass man dort ein Stück alte Halle erhalten könne.

Herr Beigeordneter **Walter** äußerte, er denke, die geäußerte Kritik an der Informationspolitik und an der Zusammenarbeit Stadtrat - Verwaltung sei angekommen. Es sei wichtig, dass ein Vertrauensverhältnis da sei, daran müsse immer gearbeitet werden. Das sei auch ständige Diskussion in der Beigeordnetenkonferenz. Wogegen er etwas tun möchte und wo er die Stadträte vielleicht ein wenig umstimmen möchte, sei der Pessimismus, den er aus fast allen Wortmeldungen gehört habe. Aus der Sicht eines Wirtschaftsförderers sage er, dass hier ein Projekt sei, das sehr umstritten

gewesen sei. - Jedes wichtige Projekt einer Stadtentwicklung - z.B. auch die Marktplatzentwicklung - führe immer eine strittige, kontroverse Diskussion im Stadtrat mit sich und es gebe meistens recht knappe Entscheidungen, die man dann aber mittragen müsse.

Wenn man zur „Spitze“ sehe, vier Fünftel des Projektes seien fertig, man habe keinen Leerstand. Man möge sich andere Projekte anschauen, wo ein Investor einen riesigen Klotz als Abschreibungsobjekt hingesetzt habe und 20%, 30% oder 40% der Flächen leer seien.

Man habe vier Fünftel des Bereiches geschafft, habe vernünftige Büroräume, die alle vermietet seien. Man habe den MDR hier, habe eine Halle, mit der man mehr als gut leben könne, die man vorzeigen könne.

Was bleibe eigentlich? Natürlich sei im Moment ein Loch. Aber wichtig sei, dass man an der Stelle etwas Vernünftiges machen wolle, wolle es bebauen. Und er teile, das, was hier mehrfach gesagt worden sei, dass man sich durchaus Zeit lassen sollte. Warum solle man in Panik verfallen, ein Projekt, das fast fertig sei, jetzt auf „Teufel komm 'raus“ zu beenden.

Man habe hier eine positive Grundstimmung, und er sei jetzt als Wirtschaftsförderer gefragt.

Natürlich versuche man zu vermitteln, versuche, in Verbindung mit dem Investor, Nutzungen zu finden. Aber man müsse den Standort verkaufen, und es werde regelmäßig geschaut, was der Stadtrat darüber denke. Eine negative Einstellung des Stadtrates zu solchen Projekten habe aber negative Auswirkungen auf den Standort.

Er bat, bei allem Ärger und allen Meinungsverschiedenheiten, die es gegeben habe, nach vorn zu schauen und sich darüber zu freuen, was an der Stelle entstanden sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** äußerte, sie finde, dass die Art der Diskussion, wie man sie jetzt geführt habe, etwas sei, was man bisher vernachlässigt habe. Man habe sich zu sehr in die Zwänge von Tagesordnungen und anderen Regularien begeben.

In der Zukunft sollte man öfter versuchen, in solchen Gesprächen, in solchen Diskussionen für und Wider abzuwägen und nicht nur immer an Hand von Vorlagen zu diskutieren.

Der Rat sollte früher in den Meinungsfindungsprozess einbezogen werden. Die Verwaltung sollte überlegen, zumindest für die neue Legislaturperiode, welche Anregungen gegeben werden könnten, auch in Bezug auf die Arbeit in den Ausschüssen.

Die Verwaltung sollte diese Kritik annehmen und sollte versuchen, die Ausschüsse mehr zu nutzen, um Informationen in den Stadtrat und in die Fraktionen zu bringen.

Ihre Bitte sei aber auch, dass auch die Informationen aus den Ausschüssen von den Mit-gliedern des Stadtrates in die Fraktionen getragen werden.

Man möge es sich zum Prinzip machen, den Tagesordnungspunkt Mitteilungen, so, wie man es heute gemacht habe, offensiver zu nutzen.

Was die „Spitze“ angehe, so sei weder Zweckpessimismus noch Zweckoptimismus angebracht.

Sie könne versichern, dass die Verwaltung die Möglichkeiten, die sie habe, nutzen werde,

um eine vernünftige Lösung zu erreichen. Man sollte sich Zeit dafür lassen und werde die Fraktionen baldmöglichst einbeziehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Damit wurde die 50. öffentliche Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) beendet.

Dr. Brockmann

Szabados

Vorsitzender des Stadtrates

Bürgermeisterin

der Stadt Halle (Saale)

Stadt Halle (Saale)

der

Kraft
stellv. Protokollführerin

Protokollantin: Panian

Stadt Halle (Saale)

01.03.1999

Kommunalbüro

N i e d e r s c h r i f t

der Einwohnerfragestunde zur 50. Tagung des Stadtrates
der Stadt
Halle (Saale) am 24.02.1999

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet von Herrn **Dr. Brockmann**, Vorsitzender des Stadtrates.

Herr **Haubitz** äußerte, er finde es nicht gut, dass in verschiedenen Tagungen des Stadtrates über Einsparungen diskutiert worden sei und an anderer Stelle Geld aus dem Fenster geschmissen werde. Fünf Ampelanlagen in der Ludwig-Wucherer-Straße - das Geld könnte man für andere Dinge ausgeben. Er ging weiter auf die Pfortnerampel in Trotha ein. Seit einem Vierteljahr versuche er, einen Termin beim Oberbürgermeister bzw. bei der Bürgermeisterin zu erhalten; er sei immer abgewimmelt worden. Dazu möchte er eine Stellungnahme.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, alle Bürger bekämen die Möglichkeit, mit der Verwaltung, auch der Verwaltungsspitze, zu sprechen. Vorab müsse jedoch geklärt werden, um welches Problem es sich handle, um entsprechende Fachleute hinzuziehen zu können. Ihr sei mitgeteilt worden, dass Herr Haubitz vorgesprochen habe. Wenn es dabei um Leistungen gehe, die die Stadt für Herrn Haubitz erbringe und es dort um Kürzungen gehe, dann müsse das an der Stelle besprochen werden, die dafür zuständig sei. Herr Haubitz habe die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Regelung einzulegen; diese Möglichkeit solle er ausschöpfen. Sie bot an, einen Termin mit der Widerspruchsstelle zu vermitteln.

Herr **Haubitz** ging erneut auf die Ampelfrage in der Ludwig-Wucherer-Straße ein.

Herr **Dr. Busmann**, Beigeordneter für Planen und Umwelt, erläuterte, dass ein erster Plan der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei. Man könne sicher sein, dass die Kritiken, die dabei geäußert worden seien, ernst genommen und Konsequenzen gezogen würden.

Herr **Haubitz** sprach weiter die vorgesehene Pflasterung in der Leipziger Straße an.
Warum werde da nicht Material aus der Region verwendet?

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, die Verwaltung sei mit der Porphyr-Industrie in Löbejün so verblieben, dass auch in der Innenstadt konkrete Angebote gemacht werden sollen.

Herr **Schumann** äußerte sich zur Mansfelder Straße und sprach dortige Ruinen an.
In der Großen Steinstraße, zwischen Kaufhof und Schuh-Bieder, seien ebenfalls noch Ruinen zu sehen. Er ging weiter auf die Kastanien an der Ulrichskirche ein, fünf Kastanien sollten dort umgesetzt werden, jetzt kämen fünf Kastanien weg an den Dessauer Platz.
An der S-Bahn-Station Rosengarten läge Müll, und es tue sich nichts.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, man kümmere sich um den Rest des Denkmals an der Ecke Mansfelder Straße/Schwemme. Der Restbestand werde in einen Neubau integriert.
Die fünf Kastanien würden umgesetzt in die Nähe des Wasserturms, dort seien die Untergrundbedingungen besser als in unmittelbarer Umgebung.
Wenn sich der Müll an der S-Bahn-Station in öffentlichem Raum befinde, werde sich die Verwaltung darum kümmern.
In der Großen Steinstraße werde eine große Baumaßnahme durchgeführt. Man könne jetzt die Leistungsverlegungen sehen, die Gleisverlegungen würden Ende März folgen. Das habe natürlich viele Auswirkungen.
Er bat, nähere Informationen im Hansering einzuholen.

Herr **Dr. Fiedler** sprach im Auftrag der Seniorenrates der Stadt und ging auf zwei Anträge der Fraktion Volkssolidarität 1990 e.V./DIE GRAUEN-Graue Panther ein.
Er schlug vor, in den Altenhilfeplan eine längerfristige Konzeption zur Aufstellung von Fußgängerampeln vor Alten- und Pflegeheimen aufzunehmen. Die Arbeitsgruppe „Sicherheit im Alter“ vom Seniorenrat sollte konsultiert werden, wo am dringlichsten eine Lösung gebraucht würde.
Zum Antrag, schwerverrottbare Gartenabfälle an bestimmten Tagen in Frühjahr und Herbst verbrennen zu dürfen: Er verwies darauf, dass dies im Saalkreis und anderen anliegenden Kreisen üblich sei.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Verwaltung bereite gegenwärtig einen Zwischenbericht zur Umsetzung des Altenhilfeplanes vor. Dies werde in den entsprechenden Ausschüssen diskutiert, mit der Liga der Wohlfahrtsverbände und natürlich auch mit der Seniorenvertretung. Sie könne sich vorstellen, dass in Auswertung dieses Zwischenberichts ein Maßnahmenkatalog entwickelt werden könne, wo Prioritäten zu setzen seien. Dort könnte dann diese Sicherheit im Alter mit eingeordnet werden, auch, wo Ampeln notwendig seien.

Zu den Gartenabfällen: Im Saalkreis, auf dem flachen Land, wo wenig Bevölkerung lebe, sei sicherlich einiges anders als hier in der Stadt. Man möge sich vorstellen, wenn an zwei Tagen im Jahr dem Verbrennen stattgegeben werde, wie viele Kleingartenanlagen inmitten von Wohnbebauung das betreffe. Es sollte überlegt werden, welche Hilfe für ältere Bürger und auch für Behinderte, die einen Garten haben, noch zusätzlich gegeben werden könnte. Sie sei gern bereit, noch Anregungen aufzunehmen.

Herr **Porzig** sprach die Programme der Stadt an, beschäftigungslose Jugendliche wieder in Arbeit zu bringen. Er nannte am Beispiel seinen Sohnes, dass bürokratische Hindernisse einem Erfolg im Wege stehen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Arbeitsvermittlung über das Arbeitsamt und das kommunale Programm seien zwei verschiedene Kostenträger. Sie vertrete aber die Meinung, man könne sie auch miteinander verknüpfen. Sie versprach, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Herr **Porzig** fragte, ob ein Bürger Richtlinien usw. in der Verwaltung einsehen könne.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, die Beschlüsse, die die Stadt in öffentlicher Sitzung gefasst habe, seien jedem Bürger zugänglich. Bei Verwaltungsanweisungen sei das eine andere Sache.

Herr **Porzig** ging weiter auf Meldungen in der „MZ“, das Gebiet „Spitze“ betreffend, ein. Er fragte nach, ob ein neuer Vertrag vorhanden sei.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, die neuen Verträge stünden heute auf der Tagesordnung. Sie würden der Stadt mehr Möglichkeiten liefern, als die alten Verträge.

Herr **Porzig** fragte, ob Herr Dr. Busmann heute mit freiem Gewissen erklären könne, dass die Bebauung der „Spitze“ für den Bürger keinen Nachteil bringe. Er sprach weiter den Straßenbau und die damit verbundene Beitragssatzung an.

Herr **Dr. Busmann** erwiderte, nach dem Gesetz sei die Stadt verpflichtet, Beiträge zu erheben.

Herr **Kautius** ging auf die Äußerungen von Herrn Schumann ein. Herr Schumann habe ein anderes Areal gemeint als das, auf das Herr Dr. Busmann eingegangen sei.

Er sprach das Problem Parkplätze an. Kommunale Tochterbetriebe wie die „HASTRA“ würden ihre Arbeitsfahrzeuge auf Grünflächen neben der Straße abstellen und ungenügend sichern; Werkzeuge lägen herum. Als Beispiel nannte er den Eingang zu einer Schule am Robinienweg.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** erwiderte, „HASTRA“ sei kein städtisches Unternehmen. Wenn Fahrzeuge, auf städtischen Flächen stünden, wo sie nicht hingehören, so werde dem nachgegangen.

Herr **Dr. Busmann** ergänzte, eine Antwort zu der angesprochenen Baulücke in der Großen Steinstraße könne er in öffentlicher Sitzung nicht geben.

Herr **Dr. Karamba Diaby**, Mitarbeiter im Eine-Welt-Haus Halle e.V., äußerte sich zum Antrag der Fraktion Neues Forum zur Einrichtung eines Begegnungszentrums für Ausländer und Deutsche.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, ein solches interkulturelles Zentrum sei schon längere Zeit im Gespräch. Die Verwaltung lehne ein solches Zentrum nicht ab, vertrete aber die Meinung, dies intensiv zu diskutieren, vor allem auch die Frage der Finanzierung. Deshalb habe die Verwaltung auch vorgeschlagen, den heute eingebrachten Antrag in den dafür zuständigen Ausschüssen zu beraten.

Herr **Feigl** bezog sich auf die Thematik „Spitze“. Dass die Planung des Gesamtgebietes „Spitze“ fehlgeschlagen sei, sei wohl jedem jetzt mittlerweile klar geworden, dass der eigentlich kulturelle Teil von der Stadt abgewandt sich in Richtung Neustadt wende und nicht zum Marktplatz bzw. zum Hallmarkt schließe und davor das große Loch klaffe, zeige deutlich, dass etwas schief gegangen sein müsse. Die Situation, reparieren oder kaschieren zu wollen, erscheine ihm absurd zu sein. In den gesamten Überlegungen fehle seiner Meinung nach ein Konzept, das auch eine wirkliche Nutzung zulasse. Offensichtlich gehe es jetzt darum, diesen Zustand zu reparieren und sich irgend etwas hinzustellen, evt. ein Hotel oder ein Altenheim. Eigentlich brauche man da nichts, sei eine Nutzung eher vorgeschoben, Hauptsache, dass Loch sei geschlossen - das scheinen die Hauptüberlegungen zu sein, um diese Verträge zu ändern. Was hindere die Stadt Halle daran zu sagen: Ja, es ist schief gegangen, es sieht furchtbar aus,

aber man habe im Moment keine Lösung, eventuell dieses Loch sogar zuzuschieben, und fünf oder zehn Jahre zu warten, bis eine Lösung gefunden sei, die der Stadt an dieser Stelle wirklich angemessen sei. Er bat die Stadträte, bei ihrer Entscheidung diese Gedanken zu berücksichtigen.

Herr **Dr. Busmann** antwortete, die Frage, was es heiÙe, wenn etwas im Städtebau schief gehe, könne unterschiedlich beantwortet werden. Es sei festzustellen, dass in den neuen Bundesländern nicht nur vor der Wende, sondern auch nach der Wende einiges schief gegangen sei. Vor allem die ganze Marktentwicklung sei anders gelaufen, so dass z.B. die Banken Wertberichtigungen in Milliardenhöhe machen müssten, um den Wert der Grundstücke den tatsächlichen Werten anzupassen. Von dieser Gesamtentwicklung sei Halle nicht ausgespart. Für ihn sei es ein normaler Zustand, dass nicht alles auf einmal zu Ende gebaut werde. Es habe auch etwas Positives, wenn nicht in kürzester Zeit so viel Beton flieÙe, sondern man die Gelegenheit habe, in kooperativer Art und Weise dieses „Loch“ in richtiger Weise zu füllen. Er sei nicht traurig darüber, dass ein Teil dessen, was in den Plänen vorgesehen gewesen sei, nicht realisiert werde. Es komme jetzt darauf an, die gewonnene Zeit - nicht die verlorene - zu nutzen, um eine richtige Nutzung dort zu bekommen. Er wiederhole, man könne nicht Investoren Nutzungen vorschreiben.

Herr **Porzig** fasste sein bereits vorgebrachtes Anliegen noch einmal zusammen.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte ihre Unterstützung zu.

Damit wurde die Einwohnerfragestunde beendet.

Dr. Brockmann
Szabados
Vorsitzender des Stadtrates
Bürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
stellv. Protokollführerin

Protokollantin: Panian